

Information.

Zur Vorbereitung des
6. Hamburger Ratschlags

Freitag, den 14. Juni 2019

12.30 bis 18.00 Uhr, Bürgersaal Wandsbek,
Am Alten Posthaus 4



hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN





Information zur Vorbereitung des 6. Hamburger Ratschlags

Arbeitspapier AG1: Nachhaltiges Wirtschaften (Bürgerschaftsdrucksache 21/9700, Seite 17 bis 20) von Prof Dr. h.c. Christa Randzio-Plath

Die Hamburger Wirtschaftspolitik zielt grundsätzlich auf Wachstum und Beschäftigung als Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand. Die Idee der Nachhaltigkeit erfordert darüber hinaus ein Denken zugunsten langfristiger Tragfähigkeit und gerechter Verteilung von Lasten und Chancen, besonders mit Blick auf zukünftige Generationen. Mit vorhandenen Ressourcen ist verantwortungsvoll und schonend umzugehen und um die Umwelt zu erhalten. So der Hamburger Senat in der Bürgerschaftsdrucksache.

Nachhaltiges Wirtschaften oder Corporate Sustainability (CS - Unternehmensnachhaltigkeit) bedeutet, sein Kerngeschäft grundsätzlich sowohl sozial und ökologisch verantwortlich als auch wirtschaftlich erfolgreich zu betreiben. Bei Corporate Social Responsibility (CSR - Soziale Verantwortung des Unternehmens) geht es darum, wie Gewinne erwirtschaftet werden und nicht, was mit ihnen geschieht. Produkte und Dienstleistungen sollen zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, die die Lebensgrundlage künftiger Generationen sicherstellt und mehr soziale Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd bewirkt. Firmen mit einem nachhaltigen Geschäftsmodell sorgen für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne für die eigenen Mitarbeiter*innen und die der Zulieferer überall auf der Welt. Sie nutzen natürliche Ressourcen sehr effizient und vermeiden umwelt- oder gesundheitsschädliche Inhaltsstoffe. Ihre Produkte und Dienste fördern lebenswerte Bedingungen und dienen der Umsteuerung der globalisierten Wirtschaft hin zu nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweisen. Dieses Ideal erfüllen nur wenige Unternehmen.

Die Hälfte der Top-Manager bezeichnete sie als größte Herausforde-



rung. Sie sei nur zu meistern, wenn das Verbraucher*inneninteresse steige, Führungskräfte und Mitarbeiter weitergebildet würden, Nachhaltigkeitsleistungen messbar und gesetzliche Vorgaben eindeutig seien, und sofern Investoren den Wert von Nachhaltigkeit mehr schätzten.

Als Strategie der Ressourcenschonung, die an allen Standorten über gesetzliche Anforderungen weit hinausgeht, dient nachhaltiges Wirtschaften auch dem langfristigen Erhalt der eigenen Existenzgrundlage. Erforderlich sind eine langfristige Strategie sowie systematisch in alle operativen Firmenbereiche und Funktionen integrierte Management-, Steuerungs- und Kontrollsysteme.

Betrachtet man die Drei-Säulen-Konzeption der Nachhaltigkeit - Ökonomie, Ökologie und Sozialem -, könnte man eventuell den Standpunkt vertreten, dass ökologische Nachhaltigkeit hauptsächlich die Natur betrifft, die soziale den Menschen und die ökonomische die Substanz des Menschen.

Nachhaltigkeit bezieht sich auf die Balance der drei Säulen. Infolgedessen müssen die Beziehungen zwischen den drei Säulen betrachtet und jede Säule ganzheitlich verstanden werden.

Wichtig ist für das nachhaltige Wirtschaften ein Paradigmenwechsel. Dazu gehören die Kreislaufwirtschaft, die Ressourceneffizienz, die CO₂-Steuer.

Die Kreislaufwirtschaft ist ein Modell der Produktion und des Verbrauchs, bei dem bestehende Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast, wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt werden. Nachdem ein Produkt das Ende seiner Lebensdauer erreicht hat, bleiben die Ressourcen und Materialien so weit wie möglich in der Wirtschaft. Sie können immer wieder produktiv genutzt werden, um weiterhin Wertschöpfung zu generieren.

Die Kreislaufwirtschaft steht im Gegensatz zum traditionellen, linearen Wirtschaftsmodell („Wegwerfwirtschaft“). Dieses Modell setzt auf große Mengen billiger, leicht zugänglicher Materialien und Energie.



Warum brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft?

- **Steigende Nachfrage nach Rohstoffen und Ressourcenknappheit:** Eine Reihe wichtiger Rohstoffe ist nur begrenzt verfügbar und da die Weltbevölkerung wächst, steigt auch die Nachfrage nach Rohstoffen.
- **Abhängigkeit von anderen Ländern:** Einige EU-Länder sind bei der Versorgung mit Rohstoffen von anderen Ländern abhängig.
- **Auswirkungen auf das Klima:** Die Gewinnung und Verwendung von Rohstoffen haben erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt. Sie erhöht den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen. Eine intelligentere Nutzung von Rohstoffen kann die CO₂-Emissionen senken.
Vorläufige Forderungen
- **Hamburg sollte sich für eine gesetzliche unternehmerische Sorgfaltspflicht in Bezug auf Nachhaltigkeit einsetzen (Global Compact/ UN-Agenda 2030)**
- **Hamburg sollte einen Hamburger Fahrplan für ein ressourcenschonendes Hamburg verabschieden und umsetzen.** Der Fahrplan soll zeigen, wie Ressourcennutzung gemessen und von dem Wirtschaftswachstum entkoppelt werden kann. Der Fahrplan soll also einerseits dabei helfen die Wirtschaftsleistung zu steigern und andererseits den Ressourcenverbrauch zu senken. Es sollen neue Wachstumschancen geschaffen werden sowie die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Dazu bedarf es der Verdoppelung der Ressourcenproduktivität wie sie die deutsche nationale Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Europäische Union vorgeschlagen haben, aber auch eine Steigerung der Ressourceneffizienz durch Wiederverwendung von Rohstoffen, auch seltener Erden.
- **Hamburgs öffentliche Beschaffungspolitik muss noch stärker die soziale Nachhaltigkeit berücksichtigen.**
- **Hamburger Hafenpolitik muss nachhaltig gestaltet werden.**
- **Hamburger Politik muss sich auch für einen fairen und nachhaltigen Welthandel und die Beachtung von Menschenrechten sowie ökologischen und sozialen Mindeststandards für Wertschöpfungsketten und deutsche ausländische Direktinvestitionen einsetzen.**



Arbeitspapier AG2: Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik (Bürgerschaftsdrucksache 21/9700, Seite 20 bis 22) von Prof Dr. h.c. Christa Randzio-Plath

Nachhaltige Finanzpolitik

„Kohärente, in nationaler Eigenverantwortung stehende und durch integrierte nationale Finanzierungsrahmen gestützte Strategien für nachhaltige Entwicklung werden das Kernstück unserer Bemühungen darstellen.“ (Agenda 2030, Pkt. 63)

„Die öffentliche Politik und die Mobilisierung und der wirksame Einsatz inländischer Mittel (...) sind für alle Länder ein zentraler Aspekt unseres gemeinsamen Strebens nach einer nachhaltigen Entwicklung, einschließlich der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung.“ Hamburg hat sich mit seiner Nachhaltigkeitsagenda zu einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik entschlossen. Sie umfasst die Einnahmen- und Ausgabenseite des Haushalts.

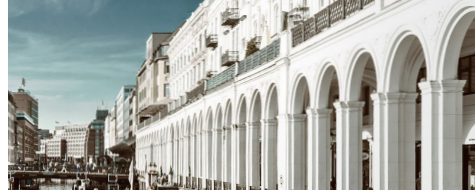
Einnahmenseite (Steuer- und Abgabepolitik – Landesebene):

Funktionen: Erzielen von Einnahmen, um die nötigen öffentlichen Güter und Dienstleistungen anbieten zu können; Umverteilung (Redistribution) von Einkommen und Vermögen von den reicheren zu den ärmeren Gesellschaftsschichten

Ausgabenseite (Landesebene):

Funktionen: Bereitstellung der erforderlichen öffentlichen Güter und Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Infrastruktur etc.), Soziale (Um-) Verteilungswirkung (Soziale Sicherung, Cash Transfers, etc., Ökologische Steuerungswirkung (Abbau umwelt- und sozialschädlicher Subventionen etc.)

Der Handlungsbereich umfasst in Hamburg die Bereiche nachhaltigen Beschaffung, Finanzpolitik und Wirtschaftsförderung (Drucksache 21/9700 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 21. Wahlperiode)



a) Zuordnung der relevanten SDGs (Ziel 7) Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern. (Ziel

8) Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle. Dazu zählen u.a. folgende Unterziele:

(8.2) höhere wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, technologische Modernisierung und Innovation, (8.4) weltweite Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion Schritt für Schritt verbessern und die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben, (8.5) produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, (8.8.). Arbeitsrechte schützen und sichere Arbeitsumgebungen für alle Arbeitnehmer*innen (Ziel 9). Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen (Ziel 10). Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern (Ziel 11). Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen (Ziel 12). Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen.

Fragen im Zusammenhang mit nachhaltiger Haushalts- und Finanzpolitik in Hamburg, die im Interview Haushaltsdirektor Schneider beantwortet werden soll.

- Was heißt nach dem Verständnis des Hamburger Senats nachhaltige Haushaltspolitik über die „Schwarze Null“ hinaus?
- Wie können die Staatsausgaben in ihrer Tendenz dem Nachhaltigkeitspostulat der Agenda 2030 entsprechen?
- Kann man die einzelnen Haushaltstitel einem „Nachhaltigkeits-Check“ unterziehen und prüfen, ob die Ausgaben in ihrer Höhe und den zu erwartenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen im Einklang mit der Agenda 2030 und ihren Zielen stehen?
- Wäre es nicht auch möglich, die Ausgaben z.B. für Bildung, Gesundheit und Entwicklungszusammenarbeit in Bezug zum aktuellen



Gesamthaushalt und in Bezug auf frühere Gesamthaushalte zu setzen und zu vergleichen und daraus eine Perspektive entwickeln, die nachhaltig ist?

- Eine nachhaltige Entwicklung im Sinn der UN-Agenda kann gefördert werden, wenn das Genderbudgeting durchgängig eingeführt wird, weil mehr Transparenz hergestellt und mehr Gleichheit /weniger Ungleichheit erreicht werden kann. Für wann ist in Hamburg die Einführung von Genderbudgeting geplant?
- Wie steht es mit nachhaltigen Investitionen? Müsste hier nicht entgegen der aktuellen Sparpolitik die „Golden Rule“ eingeführt werden.
- Wie kann die Nachhaltigkeit öffentlicher Subventionen nachgewiesen werden? Um zu überprüfen, welche ökologischen, ökonomischen und sozialen Wirkungen Subventionen haben, müssten sie einem umfassenden Nachhaltigkeits-Check unterzogen werden. Als Voraussetzung dafür muss zunächst der Subventionsbegriff geklärt werden. Der Subventionsbericht der Bundesregierung legt einen eher engen Subventionsbegriff zugrunde, der sich auf die direkten budgetwirksamen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes beschränkt. Andere Institutionen wie die OECD, der IWF und das Umweltbundesamt legen in ihren Untersuchungen einen wesentlich breiteren Subventionsbegriff zugrunde.

Vorläufige Forderungen

- Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung für den Hamburger Haushalt
- Ökologische und soziale Nachhaltigkeitsprüfung für alle Subventionen, auch bei der Grundstücksvergabe
- Nachweis der Nachhaltigkeit von öffentlichen Investitionen
- Durchgängiges Genderbudgeting für alle Ressorts

Wir empfehlen, unsere bisherigen Forderungen und Dokumentationen des Hamburger Ratschlags zur Vorbereitung und Vertiefung zu lesen.

<http://www.2030hamburg.de/doku/>



Weiterführende Links

zu Nachhaltigkeit und Umsetzung der Agenda 2030:

2019 Statistisches Bundesamt – Indikatorenbericht zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

<https://www.destatis.de/Migration/DE/Publikationen/Thematisch/UmweltoekonomischeGesamtrechnungen/Umweltindikatoren/DeutscheNachhaltigkeitsstrategie.html?nn=206104>

2019 Global Policy Forum Europe – So geht Nachhaltigkeit! Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda | 2018, jährliche SDG-BRD-NGO-Evaluation

<https://www.2030report.de/en>

2019 Rat für Nachhaltige Entwicklung – Nachhaltiges Wirtschaften und Sustainable Finance

<https://www.nachhaltigkeitsrat.de/nachhaltige-entwicklung/nachhaltiges-wirtschaften-sustainable-finance/>

2018/09 BeN – Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk - Forderungspapier an die Landes- und Kommunalpolitik

<http://www.ben-bremen.de/images/2018/pdf/SDG-Forderungspapier.pdf>

2017/07 BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG – Senatsdrucksache 21/9700 Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Hamburg

<https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/58508/umsetzung-der-nachhaltigkeitsziele-der-vereinten-nationen-in-hamburg.pdf>

2016 F.E.S.T. Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft – Die Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer im Kontext der 2030-Agenda und ihre Relevanz für Kommunen

https://skew.engagement-global.de/files/2_Mediathek/Mediathek_Microsites/SKEW/Publikationen/6_Publikationen_in_Kooperation/SKEW_FEST_Nachhaltigkeitsstrategien_Bundeslaender_Agenda_2030.pdf



Weiterführende Links

zu Konzernpflichten, Wirtschaft und Menschenrechten:

2019/04 CorA - Netzwerk für Unternehmensverantwortung - Überblick über die aktuelle politische Entwicklung

https://www.cora-netz.de/wp-content/uploads/2019/04/CorA_Newsletter_2019-04.pdf

2019/04 Germanwatch - Kanzleramt will Menschenrechts-Überprüfung von Unternehmen verwässern

<http://germanwatch.org/de/16411>

2019/02 Germanwatch - Gesetzesvorhaben für nachhaltige Wertschöpfungsketten des Bundesentwicklungsministerium

<http://germanwatch.org/de/16299>

2018/12 CorA, DGB, Forum Menschenrechte, VENRO - Zwei Jahre Nationaler Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte – eine magere Halbzeitbilanz

https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Sonstige/Halbzeitbilanz_NAP_Web.pdf

2018 Goliathwatch und ENCO - Konzerne und EU arbeiten gegen Menschenrechte

https://goliathwatch.de/wp-content/uploads/2018/10/ENCO-20181013-eu_corporate_impunity_nexus.pdf

2018 Goliathwatch - Einführung in UN Binding Treaty

https://goliathwatch.de/wp-content/uploads/2018/06/Goliathwatch_Menschenrechte_als_Konzernpflicht_06-2018.pdf

2017/06 Germanwatch und Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V. - Bericht 2017: Globale Energiewirtschaft und Menschenrechte

<https://www.germanwatch.org/de/13958>

2017/06 Amnesty International, Brot für die Welt, Germanwatch,



Oxfam – Gesetzesvorschlag: Unternehmensverantwortung und Menschenrechte

<https://www.germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/publication/18574.pdf>

2017/03 Amnesty International, Brot für die Welt, Germanwatch, Oxfam - Hintergrundinformation zum französischen Sorgfaltspflichten-gesetz und aktuellen Entwicklungen in Deutschland

<https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/publication/18008.pdf>

2016/03 Brot für die Welt - Verankerung einer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht im deutschen Recht

https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/gutachten_sorgfaltspflicht_zusammenfassung.pdf

Der Weltzukunftsvertrag

Der Hamburger Ratschlag zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeitet Forderungen an die Hamburger Politik, um die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung lokal und global Wirklichkeit werden zu lassen. Gleichzeitig vermehren wir den Austausch und die Kenntnis über die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) bei Fach- und Führungskräften der gemeinnützigen Organisationen der Zivilgesellschaft, den Fachbehörden und den Parlamenten.

Die 2030-Agenda stellt einen Weltzukunftsvertrag dar, der allen Menschen ein Leben in Würde ermöglichen und dazu den Frieden und die Freiheit in einer intakten Umwelt fördern soll. Wir verstehen den ganzheitlichen Ansatz der 2030-Agenda als einen wichtigen Impuls für eine tiefgreifende Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft sowie die internationale Zusammenarbeit.



An ausgewählten Themen (derzeit u.a. Klimaschutz und Energie, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Wirtschaft und Arbeitswelt, Stadtentwicklung, Mobilität, Ungleichheit, Armut und soziale Teilhabe sowie Geschlechtergerechtigkeit) zeigen wir die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimensionen der Nachhaltigkeit auf und setzen unser lokales Handeln in globale Bezüge.

Der Staat trägt die Hauptverantwortung, deswegen begleiten wir Politik und Behörden kritisch und fordernd. Wir orientieren unsere Forderungen aktuell an der Bestandausnahme, die der Senat im Juli 2017 (Drucksache 21/9700) vorgelegt hat, schauen aber auch auf die nationale Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands und die multilateralen Prozesse.

Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft

Die wirklichen Probleme unserer Zeit machen nicht an Landesgrenzen Halt, sie halten sich auch nicht an Ressortzuschnitte und Fachdisziplinen. Kein Staat kann sie allein lösen. Keine Regierung kann wirksam handeln, ohne die nichtstaatlichen Akteure dabei einzubeziehen. Die respektvolle Zusammenarbeit aller in einem gesellschaftlichen Such- und Lernprozess ist erforderlich. Als Zivilgesellschaft leisten wir auch im Hamburger Ratschlag unseren Beitrag dazu und laden weitere Vereine und Verbände zur Mitwirkung ein.



hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN

Der Ratschlag wird organisiert von:



W3 - WERKSTATT
FÜR INTERNATIONALE
KULTUR UND POLITIK



Beteiligte Organisationen:



Unterstützt von der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung aus Zweckerträgen der Lotterie Bingo!
Die Umweltlotterie sowie RENN.nord



Hamburger Ratschlag

Christa Randzio-Plath, Vorsitzende (ViSdP) Marie-Schlei-Verein e. V.

Grootruhe 4, 20537 Hamburg

www.2030hamburg.de



hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN